

Bildung als Chance der schrumpfenden Peripherie

Die IBA »Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010«:

Abschied vom Wachstum, außer bei Bildung



Gesamtdeutsch wird der demografische Wandel vor allem unter den Aspekten der Alterung einhergehend mit geringer Fertilität und der ethnisch-kulturell-religiösen Vielfaltssteigerung thematisiert. Dagegen sind die Problemlagen in Ostdeutschland – und dort insbesondere in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – etwas anders gelagert. Die Alterung durch ein unausgeglichenes Fertilitäts-Mortalitäts-Verhältnis wird dort insbesondere durch die Abwanderung ergänzt. Diese wiederum ist so stark, dass davon nicht allein der ländliche Raum betroffen ist, sondern auch die Einwohnerschaften der Städte schrumpfen.

Problem: Schrumpfende Städte

Grundsätzlich unterstellen Modernisierungstheorien für eine gelingende Entwicklung der Gesellschaft, dass neben der Bevölkerung auch die meisten gesellschaftlichen Teilbereiche wachsen: Wirtschaftswachstum, Bildungsexpansion, Konsumzunahme, Steigerung sozialer Teilhabe usw. Angesichts dieses dominierenden Wachstumsparadigmas ist die Frage, was in und mit einer modernen Gesellschaft geschieht, wenn die Bevölkerung schrumpft, bislang eine offene Frage.

Das Land Sachsen-Anhalt hatte zwischen 1995 und 2010 mit –14,7 Prozent den bundesweit stärksten Bevölkerungsrückgang zu verkraften. 2009 wies Sachsen-Anhalt mit 46 Prozent auch den bundesweit niedrigsten Erwerbstätigen-Anteil an der Bevölkerung

auf. Gleichzeitig hatte es eines der niedrigsten verfügbaren Einkommen je Einwohner (€ 15.568, noch niedriger nur Mecklenburg-Vorpommern mit € 15.226).¹ 2010 wurden im Land nur 17.300 Kinder geboren, rund 5.300 weniger als im vergleichbar großen Schleswig-Holstein.² Die Alterung der Bevölkerung wird nicht durch das Vorhandensein

¹ VGRdL, http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/WZ2003tab20.asp; http://aketr.de/index.php/id_172.html; http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/WZ2003tab14.asp (8.11.2011), eigene Berechnungen

² StaLA, http://www.stala.sachsen-anhalt.de/Internet/Home/Daten_und_Fakten/1/12/126/12612/Geborene_seit_1966.html; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/SI11_104_K_.pdf (8.11.2011)

Uwe Grelak (links) M.A., Studium der Germanistik, Philosophie und Biologie an der Universität Leipzig. 2007 Gründung von Argwohn und selbstständig tätig. Seit 2011 freier Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). Arbeitsschwerpunkt: Bildung im demografischen Wandel. eMail: uwe.grelak@hof.uni-halle.de

Peer Pasternack (rechts), Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Bildung und Wissenschaft in demografisch herausgeforderten Regionen, Hochschulpolitik, Hochschulorganisation, Qualitätssicherung und -entwicklung, akademische Bildung, ostdeutsche Wissenschaftszeitgeschichte. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

der Alten zum Problem, sondern durch das Fehlen der Jungen.

Lässt sich aus diesem demografisch induzierten Problemvorsprung, über den Sachsen-Anhalt gegenüber anderen Regionen verfügt, auch ein Problemlösungsvorsprung generieren? Die IBA »Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010« hatte sich von 2002 bis 2010 darum bemüht. Im Jahr ihres Beginns war ein dramatisches Bild der Zustände gezeichnet worden: Bevölkerungseinbrüche wie im Dreißigjährigen Krieg, Massenfluchten vor Arbeitslosigkeit, Resignation und Tristesse prägten das Bild (PANNENBORG et al. 2002). Die IBA war Bestandteil der Versuche, den demografischen Wandel auch als Chance zu begreifen und die Folgen dieses Wandels jenseits des grassierenden Demografie-Alarmismus zu formulieren. An der mittlerweile verbreiteten Aussage, der demografische Wandel müsse als Chance begriffen werden (z.B. MAYER 2013), scheint jedenfalls eines richtig zu sein: Was ohnehin passiert, sollte man zumindest daraufhin prüfen, ob ihm auch Chancen innewohnen.³

Problemlösungsversuch: IBA »Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010«

Im Rahmen der IBA sollten neue Ansätze der Aufwertung von städtischen Räumen erprobt werden. Sie stand unter dem Motto »Weniger ist Zukunft« (MLV LSA 2010) und stellte sich damit offensiv zwei Herausforderungen: zum einen der Verabschiedung vom Wachstumsparadigma und zum anderen der Anerkennung der Schrumpfung als einstweilen irreversiblen Prozess. Sie zielte darauf, der Herausforderung schrumpfender Städte zu begegnen, indem diese Städte selbst exemplarische Antworten entwickeln und »neue urbanistische Perspektiven« aufzeigen (BRÜCKNER 2008: 162).

Der Hintergrund: Wirtschaftlich waren die Städte nicht nur von Arbeitsplatzabbau betroffen, sondern auch von einem weitgehenden Funktionsverlust, der bis hin zur »funktionalen Irrelevanz« reicht (KIL 2004: 61). Dabei bestehe die Schwierigkeit des poli-

tischen Umgangs mit Schrumpfungsprozessen vor allem darin, dass »die grundsätzliche Orientierung an Wachstum ... mehr oder weniger aufrecht erhalten« werde. (GLOCK 2006: 14)

Die Kommunen waren aufgefordert, neue Ansätze der Aufwertung von städtischen Räumen zu erproben. Die »schrumpfende Stadt«, bislang allein als Problem wahrgenommen, sollte zum Ausgangspunkt eines Denkens von Chancen und neuen Möglichkeiten werden. Von 104 sachsen-anhaltischen Städten verfügten 44 im Jahre 2002 über ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK). Damit waren sie berechtigt, sich um die Aufnahme in die IBA zu bewerben. Eine Voraussetzung daneben war die Bereitschaft der Städte, kommunale Eigenmittel zur Kofinanzierung von Fördermitteln für die Projektumsetzungen bereitzustellen. Am Ende haben sich 19 Städte beteiligt. Diese mussten »auf der Grundlage regionaler und lokaler Ressourcen unverwechselbare Profile entwickeln«, »um auch mit weniger Einwohnern dauerhaft funktionsfähig zu bleiben«.⁴ Zu entwickeln waren die IBA-Profile auf Basis lokaler Problemanalysen.

Der Modus des so konzipierten Stadtumbaus war als Innovationsprozess angelegt. Die IBA beschrieb sich als Initiator für innovative Stadtumbaukonzeptionen, die mittels eigens entwickelter Instrumente der Dynamik von Bevölkerungsrückgang, Alterung der Gesellschaft und ökonomischer Stagnation entgegenwirken sollte. Dabei würden zugleich »Visionen für eine grundsätzliche Kursänderung in der Stadtentwicklung« entwickelt werden (AKBAR 2005: 128). Die IBA verstand sich als Labor, in dem verschiedene Werkzeuge des Stadtumbaus exemplarisch zur Erprobung und Anwendung kommen.

Von anderen Internationalen Bauausstellungen hat sich die IBA Stadtumbau in mehrerlei Hinsicht unterschieden: Zum ersten war sie nicht auf einen Ort konzentriert, sondern bezog dezentral Städte eines ganzen (Bundes-)Landes ein – eine ähnliche IBA wird derzeit in Thüringen ausgerichtet, die sich 2013 bis 2023 den Themenfeldern demografischer Wandel und Energiewende widmet. Zum zweiten wurde im Rahmen dieser IBA wenig Neues gebaut, und zwar mit Absicht. Vorzugsweise wurde Vorhandenes saniert und wurden neue Nutzungen organisiert. In einigen der – gleichwohl beteiligten – Städ-

³ Die hier vorgelegte Darstellung basiert auf statistischen Sekundäranalysen, Auswertungen des IBA-begleitend erschienenen Schrifttums, Dokumentenanalysen und einer Auswertung der Unterlagen des IBA-Archivs in der Stiftung Bauhaus Dessau, Vor-Ort-Besichtigungen, 30 Experteninterviews mit 35 lokal bzw. überlokal eingebundenen IBA-Akteuren sowie einem systematischen Fallvergleich. Zu Details vgl. GRELAK/PASTERNAK (2014).

⁴ <http://www.iba-stadtumbau.de/archive/index.php?grundlagen> (27.10.2011)

te war auch von vornherein geplant, auf jegliche Bauaktivitäten zu verzichten. Insoweit realisierte die IBA zwar auch Bauprojekte, arbeitete aber vor allem an Strategien zum stadtbezogenen und auf den Stadtraum bezogenen Umgang mit der demografischen Schrumpfung. Zum dritten verfügte die IBA über keine relevanten Fördermittel. Sie filterte stattdessen Gelder aus dem Stadtumbauprogramm und erleichterte über Prioritätenentscheidungen auch den Zugriff auf andere Förderprogramme. Schließlich war die IBA, abgesehen von Halle und Magdeburg, vorrangig eine IBA der Klein- und Mittelstädte.

Den 19 IBA-Städten ist es tatsächlich gelungen, eine Reihe von Chancen, die in ihrer Schrumpfung verborgen sind, zu identifizieren: Wenn ohnehin Quartiere verdichtet und Abrisse realisiert werden müssen, dann könne man dies auch mit einer Stärkung der Innenstädte und einer Konzentration der Infrastruktur verbinden. Wenn es ohnehin Branchen und leerstehende Gebäude gibt, sei das auch eine Gelegenheit, durch neue Nutzungen Kreativität zu fördern und Möglichkeitsräume zu eröffnen, die es zuvor nicht gab. Wenn eine Stadt über nur noch wenig Industrie verfügt, aber über viel Geschichte, dann liege eine Verschiebung von industrie- zu kulturstädtischen Schwerpunkten nahe. Wenn es deutlich weniger junge Menschen gibt, dann lasse sich in deren Ertüchtigung fürs Leben mehr Aufmerksamkeit investieren, als dies zuvor der Fall gewesen war: durch Familienfreundlichkeit und Bildung. Wo die einzelnen Gebietskörperschaften nicht mehr ihren herkömmlichen Leistungsumfang aufrechterhalten können, könne man dies auch zum willkommenen Anlass umdefinieren, regionale Kooperationen und die Verantwortung des Einzelnen für ein stabiles soziales Gefüge zu stärken. Wenn die Städte durch Eingemeindungen ›ländlicher‹ werden, dann sei das auch eine Gelegenheit, das Verhältnis von Stadt und Landschaft neu zu denken.

Themenwahl: Bildung

Hinsichtlich der Themenwahlen, welche die Städte für ihre IBA-Profile trafen, ergab sich eine Erstaunlichkeit: Das meistgewählte Thema war Bildung. Von den 19 an der IBA beteiligten Städten hatten insgesamt 15 solche Profile entwickelt, die entweder auf das Thema Bildung fokussieren oder Bildungsthemen integrieren. Vier Städte wählten explizit ein Bildungsthema als IBA-Profil; in acht Städten

wurden Bildungsprojekte Elemente des IBA-Profiles; bei drei Städten waren Bildungsaspekte Bestandteile einzelner Projekte innerhalb des IBA-Profiles (Abb. 1). Wir nennen sie im Folgenden »IBA-Bildungsstädte«.

Bemerkenswert wirkt diese Häufigkeit aus zwei Gründen: Zum einen waren die Kommunen frei in ihrer Themenwahl. Es gab keine vorgegebene Orientierung auf Bildung, sondern allein auf das Thema »Produktive Strategien im Umgang mit der Schrumpfung«. Zum anderen hatte die Vorbereitungsstudie zur IBA das Thema Bildung an keiner einzigen Stelle als einen relevanten Aspekt im Zusammenhang des demografischen Wandels genannt (vgl. OSWALT/OVERMEYER/SCHMIDT o.J.).

Nun ist die Erzeugung gesellschaftlicher Teilhabechancen durch Bildung eine zentrale Idee der Moderne. Dabei verbinden sich bildungssemanzipatorische Ideen der Aufklärung mit wirtschaftlichen Bedürfnissen nach verstetigter Fachkräfteversorgung. Unter Schrumpfungsbedingungen heißt das: Den weniger vorhandenen Menschen müssen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll. Zugleich wird, da in jeder Gesellschaft die Ressourcen begrenzt

Abb. 1: Bildungsthemen innerhalb der IBA »Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010«

19 IBA-Städte	
15 IBA-Bildungsstädte	
Bildungsbezogene IBA-Profile	
Bernburg: „ZukunftsBildung – Lernen im Zentrum“	
Köthen/Anhalt: „Homöopathie als Entwicklungskraft“	
Lutherstadt Wittenberg: „Campus Wittenberg“	
Naumburg/Saale: „Stadtbildung – Bürgerschaft und Baukultur“	
Bildungsprojekte als Elemente des IBA-Profiles	
Aschersleben: „Bildungszentrum Bestehornpark“	Quedlinburg: „Forschung für nachhaltige Sanierung und Lernlabor Quedlinburg“
Dessau-Roßlau: „Wissensquartier“	Stendal: „Wirtschaftlich und pädagogisch nachhaltiges Schulsystem“
Magdeburg: „Wissenschaftshafen“	Wanzleben: „Familie Stadt“
Merseburg: „Europäisches Romanik Zentrum“	Weißenfels: „Wirtschaft schafft Bildung“
Bildungsaspekte als Bestandteile einzelner Projekte innerhalb des IBA-Profiles	
Bitterfeld-Wolfen: Bildung als Standortfaktor, Kooperation Schulen-Wirtschaft, Ansiedlung von FuE-Einrichtungen	
Halberstadt: Erfahrbarkeit einer „Ästhetik der Leere“	
Halle (Saale): Öffnungen: Franckesche Stiftungen, Kreative Erkundung Halle-Neustadts	

sind, nirgends eine Maximalversorgung mit Bildung realisiert. Dadurch bleibt ein Teil der individuellen Potenziale immer auch unausgeschöpft. In welchem Maße einerseits die Nichtausschöpfung humaner Ressourcen gesellschaftlich toleriert wird und andererseits bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, unterliegt fortwährenden gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Bearbeitungsbedürftige Fragen bestehen also immer.

Die den IBA-Profilen zugrundeliegenden lokalen Problemanalysen hatten erbracht, dass Bildung als Standortfaktor identifiziert wurde – und zwar als einer, der defizitär sei. Die Defizitwahrnehmungen speisten sich aus Umständen wie einer hohen Schulabbrecherquote, der daran anschließenden Prognose, alsbald den regionalen Bedarf an Fachkräften nicht mehr decken zu können, mangelnder Bildungs- und Ausbildungsqualität, nicht oder unzulänglich aufeinander abgestimmten Bildungsaktivitäten, insbesondere verbesserungsbedürftigen Übergängen zwischen den einzelnen Bildungsstufen.

In mehreren der Städte wurden auch Entwicklungsbedarfe hinsichtlich kultureller Bildung der Stadteinwohnerschaft wahrgenommen, um deren Aufgeschlossenheit und ihr Engagement für öffentliche Belange zu stärken. In nahezu allen Städten wurde die stadträumliche Integration der Bildungsangebote und ihrer Nutzer für vordringlich erachtet. Damit lag zugleich die Erschließung von Synergien zwischen Bildungsaktivitäten und baulichen Veränderungen nahe, was es erleichterte, eine Verbindung zwischen IBA und Bildungsanliegen herzustellen.

Dass das Bildungsthema in einen Zusammenhang mit Bauen und Strukturbildung gesetzt wurde, bezeugt vor allem eines: Das Thema wurde als eines begriffen, das der unabweisbaren Verankerung bedarf. Wenn eine bestimmte Funktion an ein Gebäude und/oder Strukturen gebunden wird, weisen ihr die Akteure einerseits eine langzeitliche Bedeutung zu. Andererseits wird es dadurch schwieriger gemacht, diese Funktion alsbald geringer zu bewerten. Insofern sollten die in der IBA realisierten Bauprojekte – häufig Sanierungen mit funktionaler Neunutzung – gleichsam als Hardware dienen, mit der eine bestimmte stadtentwicklerische Software zum Laufen gebracht werden kann, die andernfalls schwierig umzusetzen wäre.

Die bildungsbezogenen Einzelthemen der Städte waren dann sehr heterogen. Sie bezo-

gen sich aber sämtlich auf Bildung in einem zweifachen Sinne: Bildung als individuelle Selbstermächtigung – also durch die Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten individuelle Fähigkeiten zu entfalten und sie der je eigenen Lebensgestaltung verfügbar zu machen – und Bildung als wesentliches Element eines attraktiven Lebensorts und Wirtschaftsstandorts.

Im Praktischen lassen sich einige Häufungen von Anliegen entdecken: Insgesamt sechsmal zielten die Bildungsprojekte auf die Verbesserung der schulischen Bildung bzw. die kooperative Ergänzung schulischer Angebote durch außerschulische Aktivitäten. Ebenfalls sechsmal wurde eine Campus-Idee, d.h. die Zusammenführung verschiedener Bildungseinrichtungen und -funktionen an einem integrierten Ort, verfolgt. Umgekehrt waren die anderen bildungsbezogenen IBA-Projekte, die auf eine solche räumliche Konzentration verzichteten, im Ergebnis meist durch eine gewisse Diffusität gekennzeichnet. Kulturelle Bildung, häufig an die eigenen Einwohner adressiert, war ebenso in sechs Städten Gegenstand der Bildungsprojekte. Wiederum sechsmal sollte daran gearbeitet werden, die Versäulung einzelner Bildungsträger aufzulösen und dadurch Bildungsübergänge fließender zu gestalten. Jeweils dreimal wurden Lebenslanges Lernen, die Gewinnung »temporärer Bewohner« durch Bildungsangebote und Beiträge zur regionalen Sicherung des Fachkräftenachwuchses als Zielstellung verfolgt.

Dabei konnten die städtischen IBA-Aktivitäten nicht anstreben, die lokal gegebenen bildungsbezogenen Probleme systematisch zu lösen. Was sie leisten konnten, war, fokussierte Impulse zu geben. Diese waren zum Teil exemplarischer Art, zeigten also beispielhaft, was möglich ist, wenn eine Auflösung herkömmlicher Handlungsroutrinen gelingt.

Die 15 IBA-Bildungsstädte hatten mit der Entscheidung, Bildung in ihre IBA-Profile einzubeziehen, Position bezogen. Immerhin: Die Aushandlungsprozesse über Ressourcenausstattungen beliebiger öffentlicher Bereiche bergen unter Schrumpfungbedingungen ein größeres Konfliktpotenzial als in Prosperitätssituationen. Denn zunächst kann der Bedarfsrückgang im Bildungsbereich infolge geringerer Kohortengrößen auch als haushalterisches Einsparpotenzial aufgefasst werden. Allerdings drohen durch die Reduzierung von Bildungsangeboten Verschärfungen regionaler Ungleichheiten: Es kann dann individuell ein biografischer Nachteil sein, die

Bildungslaufbahn in einer peripheren Region absolviert zu haben. Auch ist die regionale Bildungsplanung mit Unwägbarkeiten durch Migration und Bildungsverhalten behaftet, da Bildung mehrheitlich als ortsgebundene personale Dienstleistung konzipiert wird.

Gemäß dem inhaltlichen Hauptanliegen der IBA wurde das Bildungsthema in den Dienst der Bearbeitung von Problemen gestellt, die aus dem demografischen Wandel resultieren: Bleibewillen stärken, Familiengründung und -zuzug anreizen, Generationenbeziehungen entwickeln. All dies zusammen sollte dazu beitragen, die jeweilige Stadt zu attraktivieren und die Lebensqualität zu steigern.

Insgesamt: Bildung als Thema der einzelstädtischen IBA-Beteiligung wurde selbst entdeckt und gewählt. Dazu erscheinen zwei Deutungen naheliegend: Entweder haben die IBA-Bildungsstädte eigenständig die Potenziale von Bildung zur produktiven Bearbeitung der Folgen des demografischen Wandels erkannt. Oder aber die Wahl von Bildungsthemen für die IBA-Profile war Ausdruck einer Verlegenheit, die aus Ideenmangel in anderen Bereichen oder dem Fehlen harter Standortfaktoren resultierte, und die es dann nahelegte, auf das Thema Bildung als einem sog. weichen Standortfaktor auszuweichen.

Die Projekte

Die IBA war ausdrücklich als Experiment angelegt. Das Experimentelle zeigte sich im Gelingen wie im Scheitern. Fokussiert auf die Thematisierung von Bildung als einer Strategie, auf die Schrumpfung zu reagieren, stellte sich das so dar:

■ *Aschersleben* verfolgte das Konzept des konzentrischen Schrumpfens von außen nach innen und hatte Bildung als Standortfaktor definiert. Mit der Errichtung eines Bildungscampus in der Innenstadt, dem »Bildungszentrum Besthornpark«, konnte beides zusammengeführt und ein kompaktes Neubauprojekt realisiert werden. Differenzen zwischen Stadt und Kultusministerium über eine dort zu integrierende freie Sekundarschule, die sich auf deren experimentellen Charakter bezogen, erzeugten zwar die Gefahr des Scheiterns, konnten aber mit einem Kompromiss gelöst werden. Eine aufsehenerregende IBA-Folge war die Gründung und Ansiedlung der Neo-Rauch-Stiftung als Geschenk des bekanntesten lebenden Sohnes der Stadt.



■ In *Bernburg* wurde frühzeitig ein klar zu fokussierendes Problem erkannt und bearbeitet: Bildungsdefizite der Nachwuchsenden und deren erwartbare Auswirkungen auf den prognostizierten örtlichen Fachkräftemangel. Die Stadt setzte baulich auf räumliche Konzentration: Neu errichtet wurde der innerstädtische »Campus Technicus«. Der gewählte Standort liegt im Stadtzentrum fußläufig zur Stadtbibliothek, zum Gymnasium sowie zum Schlossareal mit Musikschule, Theater und Museum. Die Voraussetzungen, um die Musikschule im Schloss anzusiedeln zu können, wurden gleichfalls mit der IBA geschaffen. Dabei konnten Grenzen von ansonsten geschlossenen Funktionssystemen überschritten werden. Insbesondere gelang es, verschiedene Schulformen in einem Projekt zu integrieren sowie Landkreis- und Stadtverwaltung zielführend zu koordinieren. Letzteres war angesichts herkömmlicher (und z.T. funktional begründeter) Interessendifferenzen zwischen beiden Gebietskörperschaften ein beachtenswerter Vorgang, der in diesem Falle erfolgskritisch war: Es ging um Schulen, und der Landkreis ist der Schulträger. Ebenso gelang es, anfängliche Widerstände in Eltern- und Lehrerschaft diskursiv aufzulösen. Im Ergebnis ist die lokale (und zugleich die regionale) Bildungslandschaft wesentlich an die demografischen Veränderungen der nächsten Jahre angepasst.

■ *Bitterfeld-Wolfen* realisierte eine lokale »Konzeptions-IBA«, die an die örtliche Industriegeschichte anknüpfte. Direkt gebaut wurde zwar nichts, doch verband sich das

Abb. 2: Bernburg Campus Technicus



Abb. 3: Dessau Wissenshalle

Konzeptionelle mit IBA-unabhängigen Bauaktivitäten – unmittelbaren Bildungsbezug weist das frühere Hauptgebäude der Filmfabrik auf, das zum Kern eines FuE-Campus werden soll. Im Rahmen der IBA wurden hierfür ein Netzwerk Bildung und ein Verein Campus Bitterfeld-Wolfen e.V. gegründet sowie die Campus-Idee sukzessive qualifiziert. Die Absicht, Bildungsträger im Areal tatsächlich anzusiedeln, wurde auch nach der IBA weiterverfolgt und konkretisiert: Unter dem Label L3A entsteht eine naturwissenschaftlich ausgerichtete Lern- und Erlebniswelt für Kinder, für die noch Firmen aus der Region gewonnen werden müssen (ROSTALSKY 2014).

■ *Dessau-Roßlau* qualifizierte im perforierten Stadtgefüge sogenannte urbane Kerne. Diese sollten erfahrbar gemacht werden, indem sie von innerstädtischen landschaftlichen Zonen abgegrenzt werden, die während der IBA zu schaffen waren. Erprobt werden

Abb. 4: Koethen Europäische Bibliothek



sollten so neue Nutzungen in einer perforierten Innenstadt. Ein Wissensquartier – definiert über die drei zentralen Bildungsorte Stiftung Bauhaus, Hochschulcampus, Umweltbundesamt – stellt eine dieser verdichteten urbanen Strukturen dar. Dort konnte erfolgreich durch Umbau einer Kaufhalle eine neue Bibliothek angesiedelt werden, die von der Hochschule Anhalt und der Stiftung Bauhaus Dessau gemeinsam betrieben wird. Diese bereits in den 1990er Jahren entstandene Idee ließ sich nahtlos in das IBA-Thema einfügen – und ohne die IBA wäre sie wohl eine der vielen unrealisierten Ideen der 90er Jahre geblieben.

■ *Halberstadt* verwirklichte ein stark theoriegeleitetes Herangehen an ein Thema, das den Umgang mit innerstädtischen Leerräumen schulte. Entsprechend ambitioniert war der Bildungsaspekt darin: Es sollte die Wahrnehmung der (schrumpfenden) Stadt durch ihre Bürger/innen entwickelt und über die Entfaltung einer »Ästhetik der Leere« gestärkt werden. Hierfür wurde vor allem temporär – nur wenige Etappen sind nach der IBA noch vorhanden – ein Trainingspfad des Sehens geschaffen, der neue Sichtachsen auf die perforierte Stadt eröffnen sollte.

■ In *Halle (Saale)* war, großstadtgerecht, ein großes Programm aufgelegt worden, differenziert in zahlreiche Einzelprojekte. Es rückte den Doppelstadtcharakter – historische Altstadt und 1964 gegründete Neustadt – in den Mittelpunkt. Ebenfalls groß waren die Durchführungsprobleme, bis hin zu einem zeitweiligen Ausstieg aus der IBA. Wenn die Stadt aber bei der Sache war, dann auch dies wieder besonders intensiv: die Bürgerpartizipation vielfältig und ausgreifend, der Streit um die innerstädtische Hochstraße bzw. Magistrale – um die sich das Hallesche IBA-Profil gruppierte – besonders heftig und bitter, das Ansinnen, die Franckeschen Stiftungen zum Stadtraum hin zu öffnen, mit dem Stiftungsansatz räumlicher Kompaktheit unvereinbar, die kreative Erkundung Halle-Neustadts ebenso fantasievoll und anregend wie weitgehend an der Einwohnerschaft vorbei.

■ In *Köthen* sind neue stadtplanerische Wege beschritten worden, wobei man einem stadthistorischen Anknüpfungspunkt, der Homöopathiegeschichte (deren Begründer Samuel Hahnemann dort gelebt hatte), Gegenwartsrelevanz verschafft hat. Homöopathisch inspirierte, also minimalinvasiv-paradoxe Interventionen in den Stadtraum hatten große Multiplikatorwirkungen gezeitigt und Bevölkerungsteile für die Stadtattraktivierung

mobilisiert. Realisiert werden konnte die Sanierung des ehemaligen Spitals des Klosters der Barmherzigen Brüder als Sitz der Europäischen Bibliothek der Homöopathie. Eine Folge war, dass der Weltverband der Homöopathen 2013 seinen Sitz von Genf nach Köthen verlegte. Zugleich wurde aber auch in Kauf genommen, dass ein wissenschaftlich umstrittener Ansatz eine Art städtische Repräsentation erhielt. Hahnemann als Begründer der Homöopathie wird in Köthen nicht historisch-kritisch aufgearbeitet, sondern in Form eines Ahnherrn einer auch weltanschaulich bestimmten Bewegung mobilisiert. Der Wunsch der Stadt ist, so etwas wie ein Wallfahrtsort für Homöopathen zu werden. Das ist aus wirtschaftlichen Gründen so verständlich, wie es die Möglichkeiten zur (auch) Distanznahme zum historischen Erbe deutlich einschränkt. Eine ursprünglich begonnene Kooperation zwischen Köthen und der Universität Magdeburg zur Etablierung eines Homöopathie-Studiengangs wurde mit der Begründung, es nicht finanzieren zu können, aber faktisch aufgrund inhaltlicher Vorbehalte der Hochschule wieder abgebrochen.

■ *Lutherstadt Wittenberg* setzte auf die Aktualisierung reformationsgeschichtlicher Impulse, indem Bildung und die geschichtsträchtige Innenstadt aufeinander bezogen wurden. Die Stadt definierte die kompakte Innenstadt, in der nahezu alle Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen der Stadt residieren, zum außeruniversitären »Campus Wittenberg«. Das hat es ermöglicht, viele Projekte, die bereits vor der IBA verfolgt wurden, anzuschließen. Dabei war die Stadt insbesondere bei der Akquisition von Fördermitteln sehr erfolgreich. So konnte Wittenberg im Vergleich aller IBA-Bildungstädte die meisten, nämlich sechs, baulichen (Sanierungs-)Projekte realisieren – und durch bildungsbezogene Nutzungen der sanierten Bauten den »Campus« stärken. Zugleich entging Wittenberg auch während der IBA nicht vollständig der (tourismusförderlichen) Selbstwahrnehmung, eine Art Mekka des Protestantismus zu sein – obgleich die Präsentationen des reformationsgeschichtlichen Erbes in seinen Museen und Ausstellungen durchaus die gebotene kritische Historisierung leisten.

■ In *Magdeburg* war die IBA vorrangig eine Plattform, die Kommunikationsprozesse über die Stadtentwicklung anregte. Im Mittelpunkt stand die Öffnung der Stadt zur durchfließenden Elbe. Die realisierten Bauprojekte, soweit sie bildungsaffin waren, wären überwiegend auch ohne die IBA umgesetzt worden: Wei-

terentwicklung des Wissenschaftshafens und dort die Sanierung eines Speichers zur »Denkfabrik«, die Sanierung der Lukasklause und Errichtung eines Anbaus sowie die Errichtung einer Freiluftbibliothek im Ortsteil Salbke. Dank der IBA konnten diese Projekte aber in einen übergreifenden stadtentwicklerischen Rahmen integriert werden. Durch die städtebauliche und freiräumliche Vernetzung des Wissenschaftshafens mit dem Universitätscampus soll ein urbanes, modernes und zusammenhängendes Wissenschaftsquartier mit Anbindung an die Elbe entstehen. Dies tatsächlich zu leisten, ist noch eine Aufgabe der Zukunft.

■ In *Merseburg* erfolgte die inhaltliche Rückbindung der Projekte an das formulierte Thema »Neue Milieus – Neue Chancen« über eine Nachevaluation, also im IBA-Verlauf. Seitdem stand die Attraktivierung der vormals industriell geprägten Stadt für neue Einwohnergruppen – die bisher unterrepräsentierten Bildungs- und Mittelschichten – im Vordergrund. Allerdings zog sich die ortsansässige Fachhochschule, zuvor sehr engagiert und für das Thema an sich unentbehrlich, aus dem IBA-Prozess zeitweilig zurück: Die Stadt hatte die Idee, den randstädtisch gelegenen Hochschullcampus mehr in die Stadtentwicklung einzubeziehen, zu Gunsten einer Fokussierung auf das Dom-Areal mit seinem Romanik-Bestand zurückgestellt. Der IBA-Prozess war sowohl stadintern als auch im Verhältnis zu den IBA-Gremien durch Kommunikationen geprägt, die zweierlei charakterisierte: Zum einen informierten sie die Stadt über

Abb. 5: Magdeburg Denkfabrik



sich selbst bemerkenswert neu. Zum anderen scheuten diese Kommunikationen keinen der möglichen Konflikte. Nicht alle Vorhaben konnten umgesetzt werden, aber da vergleichsweise viele in Angriff genommen worden waren, sind die erfolgreich realisierten Vorhaben mehr als in manch anderer Stadt. Bildungsbezogen ist vor allem die Ansiedlung eines Europäischen Romanik-Zentrums im Domareal zu nennen.

■ Im spät, erst 2008, in die IBA eingestiegenen *Naumburg* musste die Bürgerbeteiligung nicht erst initiiert werden, sondern wurde durch die IBA verstärkt: Die IBA-Bewerbung war wesentlich eine Bürgerinitiative. Der IBA-Prozess wirkte dort als förderlicher Arbeitsrahmen, in dem Vereinbarungen getroffen und einzuhaltende Termine festgelegt werden konnten. Anknüpfungspunkt war die überreich vorhandene städtische Baukultur, für die im Rahmen von Bürgerbildungsinitiativen sensibilisiert werden sollte. Trotz der knappen Zeit konnte ein Haus saniert und als Architektur- und Umwelthaus eröffnet werden, und auch das bis 2010 nicht lösbar gewesene Problem der Finanzierung des Betriebs ist mittlerweile gelöst.

■ In *Quedlinburg* war nach einem ambitionierten und forcierten IBA-Einstieg das Bildungsprojekt – »Lernlabor Quedlinburg« – zu Gunsten anderer Schwerpunkte an den Rand geschoben worden. Bildung als Problembearbeitungsstrategie im demografischen Wandel zu mobilisieren ist dort unterm Strich nicht gelungen. Ein Audioguide zur Stadtsanierung und ein Film »Quedlinburg – Mein neues Zuhause« sollten Bausteine für das Lernlabor darstellen, hätten aber zu ihrer Realisierung nicht zwingend das IBA-Format benötigt. Die Exklusion des Deutschen Fachwerkkentrums aus dem lokalen IBA-Prozess erstaunt den Betrachter angesichts des Umstandes, dass Fachwerk der Bezugspunkt des Lernlabors war: Viele – dann gescheiterte – Initiativen zum Kooperationsaufbau mit externen Bildungspartnern sind unternommen worden, aber einer der wenigen internen Bildungsakteure mit überregionalem Ausstrahlungspotenzial war am Ende nur formal in den IBA-Prozess integriert.

■ *Stendal* war die einzige IBA-Bildungsstadt mit einer gravierenden Verschiebung der Inhalte im IBA-Verlauf: von der Neuordnung der Infrastruktur im ländlichen Raum unter Schrumpfungsbedingungen zur Fokussierung auf die Hansestadt selbst, indem dort die Schaffung einer lokalen Bildungslandschaft initiiert wurde. Stendal gehörte zu den Städ-

ten, die eine lokale »Konzeptions-IBA« veranstalteten, also von vornherein keine Bauprojekte realisieren sollten. Das ursprüngliche Projekt war ambitioniert, traf aber auf eine regionale Umwelt, welche die Ambitionen nicht zu teilen vermochte. Es scheiterte daran, dass die umliegenden Landkreise von der während der IBA erarbeiteten Neuordnung der Schulstandorte nicht überzeugt werden konnten. Ebenso scheiterte die Etablierung eines lokalen Bildungsbüros an der dafür nicht erlangbaren Finanzierung. Hier zeigte sich auch ein genereller Zielkonflikt: zwischen Haushaltskonsolidierung einerseits und zusätzlichen Aktivitäten, die nötig sind, um eine städtische Zukunft zu organisieren, andererseits. Die Kommunikation des Scheiterns war offensiv und insoweit vorbildhaft.

■ *Wanzleben* war die einzige Kleinstadt unter den IBA-Städten, die ein bildungsbezogenes IBA-Profil entwickelt hatten. Allein der Teilnahme gebührt Reverenz. Die Stadt gehörte zu den Orten, die innerhalb der IBA konzeptionell arbeiteten, d.h. nichts bauten oder sanierten. Das Thema – »Familie Stadt« – zielte auf Familienfreundlichkeit, blieb über die Zeit hin etwas diffus, doch immerhin ist ein lokales Bündnis entstanden, das als Erfolg verbucht werden kann.

■ *Weißenfels* bewertete Bildung offensiv als »harten« Standortfaktor, indem Bildung vor allem unter dem Aspekt der regionalen Sicherung des Fachkräftenachwuchses gesehen wurde. Begonnen wurde mit der Schaffung eines lokalen Netzwerkes, das in dieser Richtung wirksam werden soll. Gegründet wurde durch die Herzog August Stiftung zu Weißenfels eine »Wirtschaftsakademie für Schüler« (WAS), die hochbegabte und besonders leistungswillige Gymnasiasten fördert. Einbezogen sind das Netzwerk Ernährungsgewerbe Sachsen-Anhalt-Süd, die ortsansässigen Gymnasien und das Landeswirtschaftsministerium. Die Idee, die WAS auch an anderen Orten aufzubauen, konnte nicht umgesetzt werden, da es unterschiedliche Auffassungen zwischen Träger und Stadt einerseits und Kultusministerium andererseits gab.

Bildung als Bearbeitungsmodus des demografischen Wandels

Der IBA ging es in erster Linie um die Funktionsfähigkeit der Städte unter den Bedingungen demografischer Schrumpfung. Insofern war ihr Thema Stadtentwicklung, nicht die Entwicklung von Bildungsstrukturen. Doch

in den IBA-Profildefinitionen und den Umsetzungsprozessen kristallisierte sich Bildung dann fünfzehnmal als Thema heraus, das als stadtentwicklerisch bedeutsam bewertet wurde. Dreizehn dieser Städte sind Klein- bzw. Mittelstädte.

Nun wird das zentrale Schlagwort der Gegenwart »Wissengesellschaft« typischerweise exklusiv mit Metropolen und verdichteten Räumen assoziiert. Mit der Ankopplung an wissengesellschaftliche Entwicklungen aber entscheide sich, so die allgemeine Auffassung, die Zukunftsfähigkeit einer Region. Allerdings lebt weit über die Hälfte der deutschen Wohnbevölkerung in ländlichen und klein- bzw. mittelstädtisch geprägten Regionen. Dort sind zentrale Voraussetzungen dafür, was die Wissensgesellschaft institutionell und infrastrukturell nach landläufiger Meinung ausmache, häufig nicht gegeben.

Es gibt in diesen Regionen eher kleine oder keine Hochschulen, folglich auch keine hohe Studierendendichte. Die hochschulinduzierte wissensintensive Dienstleistungsnachfrage ist gedämpft oder nicht vorhanden, ebenso das derartige Gründungsgeschehen. Außeruniversitäre Forschung wird eher durch ausstellungsvorbereitende Arbeiten des örtlichen Naturkundemuseums repräsentiert als durch Max-Planck-Institute. Verdichtungen von Hochtechnologieunternehmen kommen nur ausnahmsweise vor. Dementsprechend verhält es sich auch mit dem Konzentrationsgrad an FuE-intensiver oder anderweitiger Hochqualifikationsbeschäftigung. Die Informations- und Medienwirtschaft beschränkt sich vornehmlich auf lokale bzw. regionale Bedürfnisbefriedigung. Und das kulturelle Leben wird durch ein traditional-bildungsbürgerliches Milieu dominiert statt durch innovationsgeneigte Avantgardisten.

Dies verweist auf ein wissengesellschaftliches Gestaltungsproblem – das Zentrum-Peripherie-Verhältnis. Fragen, die sich hier stellen, sind: Wie lassen sich geografische Randlagen in wissengesellschaftliche Entwicklungen einbinden? In welcher Weise partizipieren periphere Orte an der rasanten Verbreiterung von Qualifikationserfordernissen, Bildungsbedürfnissen und Verwissenschaftlichungstendenzen? Wie ist zu verhindern, dass es zum biografischen Makel gerät, außerhalb großstädtischer Milieus aufgewachsen, sozialisiert worden und zur Schule gegangen zu sein?

Aus dem Zusammentreffen zunehmender Wissensbasierung jeglicher gesellschaftlicher Prozesse einerseits und demografischer

Schrumpfung andererseits ergibt sich eine zentrale Herausforderung: Je weniger Menschen es gibt, desto weniger kann es sich eine Gesellschaft leisten, auf individuelle Beiträge der Einzelnen zur allgemeinen Entwicklung zu verzichten. Dies läuft auf die Notwendigkeit hinaus, generell das durchschnittliche gesellschaftliche Bildungs- und Qualifikationsniveau anzuheben.

Dass 15 IBA-Städte genau dies erkannt hatten, ist bemerkenswert. Es stellte eine eigenständige Interpretationsleistung dar – Bildung war kein Thema in der IBA-Ausgangsstudie (vgl. OSWALT/OVERMEYER/SCHMIDT o.J.). Auch scheint der Rückgriff auf das Bildungsthema nur im Einzelfall dem Mangel an anderen Ideen geschuldet gewesen zu sein. Zwar gibt es durchaus eine grassierende Ratlosigkeit, auf welche Weise produktiv mit den stadträumlichen Folgen des demografischen Wandels umgegangen werden kann. Aber dass die Subjektausstattung entscheidend ist für soziale Teilhabe und damit auch für Regionalentwicklung, war eine Überzeugung, für die sich vergleichsweise leicht ein Konsens erzeugen ließ.

Legt man die Bildungsprojekte der 15 IBA-Bildungsstädte nebeneinander, so lässt sich ihnen implizit die Definition einer lokalen Minimalausstattung mit Bildungsangeboten ablesen, also einer Ausstattung, die unabhängig von demografischen Entwicklungen für unabdingbar erachtet wird: frühkindliche Bildung statt nur Betreuung, sodann die schulpflichtbedingten Angebote Grundschule, Sekundarstufe I und II mit allgemein- und berufsbildenden Angeboten, schließlich der quartäre Bereich mit Volkshochschule und Ergänzungseinrichtungen im Sektor der kulturellen Bildung – Bibliothek, Museum, Theaterangebote, naturkundliche Bildung u.ä.

Dieser Konzentration auf das für unabdingbar Erachtete entspricht auch, dass der heutzutage epidemische Kreativitätsdiskurs weitgehend vermieden wurde. Eine Ausnahme bildete hier nur Halle mit der Festivalisierung Halle-Neustadts, wobei Halle auch sonst bemüht ist, sich, seinem kulturstädtischen Selbstverständnis entsprechend, zur kreativen Stadt zu entwickeln (vgl. ZIEROLD 2012). Im übrigen zeugt es von realistischen Selbstbildern der Städte, wenn sie das Ringen um ihre Bildungsausstattung nicht mit Konzepten wie Creative City, Knowledge City oder Wissensmilieus kurzgeschlossen haben. So wurde eine unangemessene Aufladung vermieden, womit sich die IBA-Bildungsstädte vom Drang anderer Mittelstädte, an den stadt-

bezogenen Kreativitätsdiskurs anzuschließen, durchaus unterschieden.

Von Realismus zeugte diese Selbstbescheidung, da die einschlägigen Konzepte ausnahmslos metropolitan geprägt sind (weshalb sich auch Halle nicht zu deren unmittelbaren Adressaten zählen kann). Ihre Anwendung ist daher unter nichtmetropolitanen Umsetzungsbedingungen kaum zu kopieren. So sind in einer historischen Auswertung von diversen Entwicklungen kreativer Zentren vier wesentliche Rahmenbedingungen für deren erfolgreiches Entstehen identifiziert worden: eine kritische Stadtgröße, eine grundsätzliche Offenheit für Außenseiter und Fremde, eine krisenhafte Situation und, schließlich, mobilisierbares Kapital (HALL 1998). Unzweifelhaft gegeben ist in den IBA-Bildungsstädten nur eine der genannten Bedingungen, die krisenhafte Situation.

Stattdessen wurden Veränderungen im Bildungsverständnis sichtbar. Nach eher funktionalistischen Anfangsmotiven – Bildung gegen regionalen Fachkräftemangel – wurde der Betrachtungshorizont im IBA-Verlauf eher weit gefasst. Zum einen fanden sich nun, neben der schulischen Bildung, auch andere Aspekte der individuellen – lebenslangen – Bildungsbiografien in den Blick genommen. Zum anderen bemühten sich dabei praktisch alle IBA-Bildungsstädte, institutionelle Grenzen zu durchbrechen. In den meisten Städten gelang es, Überschneidungsbereiche verschiedener Interessen unterschiedlicher Akteure produktiv zu machen. Dadurch konnten Anliegen so weit stabilisiert werden, dass die Durchsetzungskraft entstand, die jeweils allein nicht hätte gewonnen werden können.

Zugleich konnten die Anspruchsgruppen der öffentlichen Verwaltung in die Pflicht genommen werden – und ließen sich, da als Partner ernst genommen, in die Pflicht nehmen. Derart wurden in den Diskussionsprozessen regelmäßig Ideen entwickelt, welche die anfänglichen Horizonte der Projektentwicklung überschritten. Sie zeigten sich in dem dann regelmäßig wiederkehrenden Ansatz der räumlichen Konzentration von Einrichtungen, in der Überwindung des Denkens in geschlossenen Funktionssystemen, um die traditionelle Versäulung und gegenseitige Abschottung der einzelnen Teile des Bildungssystems aufzubrechen, damit Übergänge zwischen einzelnen Bildungsstufen zu erleichtern sowie generationenübergreifende Bildungsprozesse zu fördern.

Innerhalb der gelingenden Projekte zeigte sich aber auch eine Reihe von Spannun-

gen, die während der IBA prozessiert werden mussten – Spannungen innerhalb der zentralen IBA-Struktur, zwischen den IBA-Gremien und den Städten sowie innerhalb einzelner Städte:

■ *»Querschnittsthema« Demografie vs. Ressortegoismen:* Die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels soll zwar, ausweislich politischer Dauerbekundungen, ein Querschnittsthema aller Ressorts sein. Doch kamen interministerielle Zusammenarbeiten auf Landesebene nur ausnahmsweise zustande. Die IBA wurde im politischen Raum weitgehend als Sache des Landesentwicklungsministeriums betrachtet.

■ *Negative vs. positive Bilder des demografischen Wandels:* Die IBA musste drastische Vorstellungsbilder von den Konsequenzen des demografischen Wandels erzeugen, um eine angemessene Problemwahrnehmung durchzusetzen. Zugleich wollte sie produktive Aspekte dieses als derart problematisch markierten Prozesses herausarbeiten.

■ *Diskursneigungen vs. Pragmatismus:* Die Stiftung Bauhaus als einer der IBA-Koordinatoren versuchte internationale Diskurse einzubringen, während die Pragmatiker in den Städten und den IBA-Gremien dafür wenig Resonanzfähigkeit auszubilden vermochten. Letztere wollten praktische Probleme vor Ort lösen, und die Relevanz des Diskursiven erschloss sich ihnen dafür häufig nicht.

■ *Innovation vs. Pfadabhängigkeiten:* Dem Innovationsanspruch der IBA standen häufig lokale Pfadabhängigkeiten entgegen, d.h. die Anknüpfung an bisheriges Handeln und die prognostizierte Anschlussfähigkeit an künftiges, also IBA-nachgelagertes Handeln der kommunalen Administrationen.

■ *Bauprojekte vs. »Konzeptions-IBA«:* Wo gebaut wurde, wurde Hardware für die Software der Stadtentwicklung im demografischen Wandel geschaffen. Wo nichts gebaut wurde, fehlte dieses bekräftigende und befestigende Element.

■ *Breite Öffentlichkeit vs. »Bürgereliten«:* Der Mangel bisheriger Stadtentwicklungsprozesse, dass Verwaltungen für die Bürgerschaft, aber nicht mit dieser planen, konnte nur ansatzweise behoben werden. Lokale »Bürgereliten«, also ohnehin Aktive aus Vereinen, Verbänden und Initiativen, mussten dann häufig als »die Bürger« das Partizipationselement repräsentieren.

■ *Innovation ohne Hochschulen und Forschungsinstitute:* Konzeptionell-strategische Beteiligungen ortsansässiger Wissenschaftseinrichtungen an den lokalen IBA-Prozessen

waren nur ausnahmsweise zu verzeichnen. Damit fehlten in den meisten IBA-Bildungsstädten die Impulse der – im doppelten Sinne: inhaltlich wie räumlich – nächstliegenden Innovationsagenturen.

■ *Integration möglichst vieler Akteure vs. Innovation:* Die Einbeziehung zahlreicher Akteure sollte breite Ideenmobilisierung und Legitimation sichern, führte aber auch dazu, dass zahlreiche Partikularinteressen zu berücksichtigenden waren. Damit setzte sich häufig eine Orientierung auf das Mehrheitsfähige durch, also das, was typischerweise gerade nicht innovativ ist.

Um diese Spannungen aufzulösen, erforderten die konkreten Projektumsetzungen in der Regel Kooperationen. Diese gelangen vor allem dann, wenn finanzielle Ressourcen als motivierendes Gleitmittel eingesetzt werden konnten, um Geschmeidigkeit zwischen unterschiedlichen Interessen lokaler oder regionaler Partner herzustellen. Immer dann hingegen, wenn die Kooperationskosten die Kooperationsgewinne überstiegen, war jede Initiative gefährdet. Was in der einen Stadt Bedingung des Erfolgs war, erwies sich derart in der anderen als Auslöser des Misserfolgs. So war in Bernburg die Kooperation der Stadt, des Landkreises, der Lehrer- und Elternschaft fruchtbar und führte erfolgreich zum »Campus Technicus«. Der Grund: Bernburg konnte dem Landkreis in Aussicht stellen, dass auf Fördergelder zugegriffen werden könne. Damit ließen sich die unterschiedlichen Kompetenzen und Möglichkeiten der Stadt mit den Zuständigkeiten des Landkreises reibungsmindernd verbinden.

Anders in Stendal: Da dort von vornherein nicht gebaut oder saniert werden sollte, also auch keine baubezogenen Fördergelder zur Debatte standen, konnte die Hansestadt den benachbarten Gemeinden keine wirklichen Verhandlungsangebote unterbreiten. Damit fehlte der Stadt Verhandlungsmacht, so dass ihr allein das bessere Argument zur Verfügung stand. Die regionalen Partner, für die geplante neue Schulnetzgestaltung unentbehrlich, waren jedoch nicht zu überzeugen. Dagegen – siehe Bernburg – bahnte die Aussicht auf Fördermittel eher den Weg zu höheren Einsichten.

Fazit

Die IBA »Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010« war nicht perfekt. Sie hatte neben vielen Ge-

winnern auch einzelne Verlierer. Sie war eine Bauausstellung, die an manchen ihrer Orte darauf verzichtete zu bauen. Sie hat Kommunikationsprobleme gelöst und welche produziert. Die IBA genoss die Protektion der Landesregierung, was aber nicht alle Ministerien in ihrem Handeln erkennen ließen. Sie musste drastische Bilder vom demografischen Wandel erzeugen, um eine angemessene Problemwahrnehmung durchzusetzen, und wollte zugleich produktive Aspekte dieses als problematisch markierten Prozesses herausarbeiten: Die Vermittlung zwischen Risiken und Chancen herzustellen erwies sich, kaum überraschend, als schwierig.

Die IBA-Steuerungsgremien monierten bei manchem lokalen IBA-Profil dessen inhaltliche Unschärfe und erzeugten zugleich Zugangshürden für die lokalen Akteure, indem die unablässig betonte »Diskursivität« der Prozesse dem lokalen Pragmatismus als potenzierte Unschärfe erschien. Die IBA versuchte, kommunale Administrationen zu flexiblem Handeln zu bewegen, die aber durch Personalabbau und Alterung qua Einstellungsstopps zum Teil lethargisiert waren. Die IBA hatte keine eigenen Fördergelder, aber gab – indirekt – solche aus. Sie war gleichwohl eine arme IBA mit armen IBA-Städten und wollte, was sonst unter diesen Bedingungen, aus Stroh Gold machen. Da sie dezentral war, musste sie unterschiedliche lokale Geschwindigkeiten integrieren. Da sie einerseits auf die Fantasien in den einzelnen Städten setzte und diese immer sehr differenziert ausgeprägt sind, andererseits auch niemand entmutigt werden sollte, musste sie auch manche Banalität als IBA-würdig verkaufen.

Doch wäre es auch verwunderlich, würde man der IBA Perfektion attestieren können. Das liefe ihrem eigenen Anspruch zuwider. Die IBA »Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010« wollte innovativ sein, also noch nicht Mehrheitsfähiges ausprobieren – was bereits mehrheitsfähig ist, ist Mainstream. Sie hatte keinen Masterplan, sondern wollte Planungen, vor allem Umplanungen anregen. Die IBA sah sich als Labor und war als Experiment angelegt. Experimente zeichnen sich durch Ergebnisoffenheit aus: Sie können gelingen oder nicht gelingen. Erkenntnisfördernd ist beides. Dass einige der IBA-Projekte nicht zustandekamen oder abgebrochen werden mussten, dass es Planungs- und Umsetzungsprobleme gab, ist insoweit wenig verwunderlich. Indem solche Versuche begonnen wurden, hat sich erst gezeigt, dass die IBA tatsächlich ein ergebnisoffener Prozess war.

Wurde auf lokaler Ebene die Kreativstadt-Orientierung angemessenerweise vermieden, so wiesen die IBA-Bildungsprojekte in ihren Umsetzungen aber Ähnlichkeiten zu zwei Konzepten auf, die für den Typus der hier dominierenden Mittelstadt sehr viel größere Eignung besitzen: Community Organizing zum einen und die Kommunale Bildungslandschaft zum anderen. Beide Konzepte wurden während der IBA nicht explizit mobilisiert (außer in Stendal und Bernburg das Konzept der Kommunalen Bildungslandschaft), klangen aber immer wieder in Teilen der Projektumsetzung faktisch an: bei der Bürgerschaftsbeteiligung und im Umgang mit der Versäulung lokaler Bildungsstrukturen. Fragt man danach, welche systematisierenden Konsequenzen aus den IBA-Erfahrungen gezogen werden könnten, so lassen sich daher diese beiden Konzepte empfehlen.

Community Organizing bezeichnet Prozesse der bürgerschaftlichen Selbstorganisation in Gestalt von Bürgerplattformen. Diese unterscheiden sich von Bürgerinitiativen, die ein einziges Thema bearbeiten, und vom Quartiersmanagement, das eine Kommune in schwierigen Stadtteilen einsetzt. Doch von beiden haben Bürgerplattformen etwas. Sie beginnen ohne ein konkretes Thema und bringen zunächst möglichst viele Gruppen – Initiativen, Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen, Geschäfte, Schulen, Kirchengemeinden – zusammen, spiegeln insoweit die örtliche Zivilgesellschaft. Sodann werden Themen und Probleme identifiziert, die für weite Teile der Bevölkerung relevant sind, und gemeinsame Interessen formuliert. Unabdingbar ist ein hauptamtlicher Organizer, der sich um das tägliche Fortkommen der Plattform kümmert, ohne sie zu leiten. Sobald etabliert, arbeitet die Plattform in Arbeitsgruppen an den Problemen, führt Verhandlungen mit Politik und Verwaltung, initiiert öffentliche Aktionen.

Das Ziel ist die Beseitigung drängender Missstände. Die Wege sind das Aufspüren von Lösungen, auf die bisher niemand gekommen ist und die daher nur in der Kommunikation geboren werden können, die Aktivierung des vor Ort vorhandenen Sozialkapitals, lösungsorientierter Pragmatismus, sparsamer Umgang mit Zeit und Energie der Beteiligten, d.h. straffe Organisation, die Etablierung einer Kerngruppe von Schlüsselpersonen – die letztgenannten Elemente vor allem, um Verbindlichkeit und Durchsetzungsmacht zu entwickeln (vgl. PENTA 2007; JAMOUL 2007).

Die Beteiligungsvarianten während der IBA ähnelten insofern dieser Form, als sie häufig vornehmlich die Partizipation einer ›Bürgerelite‹ waren. Dies aber ist nicht nur von Nachteil: Die Vertreter/innen von Vereinen und Initiativen zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass für sie das Engagement für ihre unmittelbare Umwelt selbstverständlich ist. Sie müssen dazu nicht überredet werden. Was während der IBA mitunter zu kurz kam, nämlich die breite Bürgerbeteiligung, leistet das Community Organizing, indem es systematisch Bürgergespräche führt und organisiert. Denn nur so lässt sich ermitteln, was die drängendsten Probleme sind.

Konkret auf das Bildungsthema bezogen, ging es in den IBA-Bildungsstädten regelmäßig um Kooperationen zwischen verschiedenen Akteuren, um etwas zu erreichen, das in den herkömmlichen Strukturen nicht zu erreichen ist. Damit ist das Problem der Versäulung des Bildungssystems angesprochen: Weitgehend nach- und nebeneinander angeordnet, sind Lernprozesse in beinahe hermetisch geschlossenen stufenförmigen (Teil-)Systemen organisiert statt entlang der individuellen Bildungsbiografien. Zwischen den einzelnen Säulen gibt es nur punktuelle Berührungen.

Dem entgegenzuwirken, wird mit dem Konzept der *Kommunalen Bildungslandschaft* versucht. Nicht die Teilsysteme, sondern die Biografien der Kinder und Jugendlichen (aber auch der Erwachsenen) werden dabei in den Mittelpunkt gerückt. Bildung, Betreuung und Erziehung sollen besser aufeinander abgestimmt, d.h. eine Bildungslandschaft geschaffen werden, die alle Bildungsorte und Lernwelten enthält, die Übergänge zwischen verschiedenen Bildungsstufen verzahnt und deren gegenseitige Abgeschlossenheit minimiert. Individuelle Potenziale des Individuums und deren Förderung in der Lebensperspektive sind die Ausgangspunkte für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen; kein Kind, kein Jugendlicher dürfe verloren gehen. Übergänge sind nach dem Prinzip »Anschlüsse statt Ausschlüsse« zu ermöglichen und zu gestalten. Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen. Angestrebt wird dazu eine Bildungs- und Erziehungspartnerschaft aller bildungs- und lernrelevanten Akteure, unabhängig von den Ebenen und Kontexten, auf bzw. in denen diese agieren: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft, Verbände, Vereine, Kirchen und der Bereich des ehrenamtlichen Engagements (vgl. BER-

SE 2009; WERNSTEDT/JOHN-OHNESORG 2010; MACK 2007; DEUTSCHER STÄDTETAG 2007: 2).

Die Aktivitäten der IBA-Bildungsstädte entsprachen in wesentlichen Teilen genau diesen Leitlinien. Gerade dort, wo sich dies mit entsprechenden Bauprojekten verband, war regelmäßig das Bestreben erkennbar, Versäulungen aufzubrechen und einem ganzheitlichen Bildungsbegriff Geltung zu verschaffen.

Als Gesamtfazit lässt sich insoweit formulieren: Kommunale Bildungslandschaften

in Verbindung mit Bürgerplattformen – dies könnte der Zukunftsweg für die Gestaltung von Bildungsprozessen und -strukturen in demografisch herausgeforderten Städten sein. Damit ließe sich die kommunale Verankerung einer systematisierten Gestaltung von Bildungsprozessen herstellen – Prozessen allerdings, die nicht allein und nicht vollständig auf örtlicher Ebene zu organisieren sind, sondern entsprechende Prioritätensetzungen auf Landes- und Bundesebene benötigen.

Literatur

- AKBAR, Omar (2005): Die IBA-Stadtumbau 2010: Ein Experiment, in: IBA-Büro (Hg.), Die anderen Städte. IBA Stadtumbau 2010. Band 1: Experiment, Jovis, Berlin, S. 126–128.
- BERSE, Christoph (2009): Mehrdimensionale Bildung im Kontext Kommunalen Bildungslandschaften. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Opladen/Farmington Hills.
- BRÜCKNER, Heike (2008): Auf dem Monitor: die IBA-Evaluierung in Sachsen-Anhalt, in: Weith, Thomas (Hg.), Stadtumbau erfolgreich evaluieren, Waxmann, Münster, New York, München, Berlin, S. 161–175.
- DEUTSCHER STÄDTETAG (2007): Aachener Erklärung des deutschen Städtetages, URL: http://ec.europa.eu/education/migration/germany9_de.pdf (31.5.2011).
- GLOCK, Birgit (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- GRELAK, Uwe/Peer PASTERNAK (2014): Die Bildungs-IBA. Bildung als Ressource im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung »Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010«, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig.
- HALL, Peter (1998): Cities in Civilization, Pantheon Books, New York.
- JAMOUL, Lina (2007): Handwerkszeug für Community Organizer, in: Leo Penta (Hg.), Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt, edition Körber-Stiftung, Hamburg, S. 224–230.
- KIL, Wolfgang (2004): Luxus der Leere. Eine Streitschrift, Müller und Busmann, Wuppertal.
- MACK, Wolfgang (2007): Lokale Bildungslandschaften: Neue Ansätze der kommunalen Bildungspolitik als Antwort auf Herausforderungen des Zwölften Kinder- und Jugendberichts, in: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hg.), Bildungslandschaften in gemeinschaftlicher Verantwortung gestalten, Berlin, S. 16–34.
- MAYER, Karl Ulrich (Hg.) (2013): Zukunft leben. Die demografische Chance, Berlin.
- MLV LSA, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2010): Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen, Iovis Verlag GmbH, Berlin.
- OSWALT, Philipp/Klaus OVERMEYER/Holger SCHMIDT (o.J. [2001]): Weniger ist mehr. Experimenteller Stadtbau in Ostdeutschland, Stiftung Bauhaus Dessau, Dessau.
- PANNENBORG, Rüdiger/Ulrike Plewnia/Göran Schattauer/Alexander Wendt/Robert Vernier (2002): Treck aus der Tristesse, in: Focus 8/2002; URL http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-treck-aus-der-tristesse_aid_207651.html (30.7.2012).
- PENTA, Leo (2007): Wie entsteht eine funktionierende Bürgerplattform?, in: ders. (Hg.), Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt, edition Körber-Stiftung, Hamburg, S. 219–223.
- ROSTALSKY, Ulf (2014): 2015 soll »L3A« die Pforten öffnen, in: Mitteldeutsche Zeitung/Bitterfeld-Wolfen, 3.10.2014; URL: <http://www.mz-web.de/bitterfeld/campus-in-wolfen-2015-soll-l3a-die-pforten-oeffnen,20640916,28640394.html> (12.5.2015).
- WERNSTEDT, Rolf/Marei JOHN-OHNESORG (Hg.) (2010): Beginnt die Bildungsrepublik vor Ort? Die Stärken lokaler Bildungsnetzwerke, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- ZIEROLD, Steffen (2012): Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg.